

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Herbert Schui, Harald Koch, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/578 –**

Geldpolitik und Regulation der Finanzbranche

Vorbemerkung der Fragesteller

Um die Liquidität im Bankensektor nach dem Ausbruch der Finanzkrise zu gewährleisten, hat die Europäische Zentralbank (EZB) gemeinsam mit anderen Notenbanken die Leitzinsen auf ein historisches Tief gesenkt. Die EZB ist, ebenso wie der Internationale Währungsfonds, angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums offenbar der Auffassung, dass die Konjunktur weiter durch eine Politik niedriger Zinsen gestützt werden muss. Folglich werden die Zinsen in diesem Jahr weiter niedrig bleiben. Überdies wird die EZB bei ihrer Entscheidung die Politik der US-Fed berücksichtigen müssen: Wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den USA ist in diesem Jahr dort nicht mit steigenden Leitzinsen zu rechnen (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND – FTD – vom 14. Januar 2010).

Aus Gründen einer angemessenen Konjunkturpolitik sind niedrige Zentralbankzinsen zweifellos notwendig. Es besteht allerdings das Risiko unerwünschter Nebenwirkungen. Die nicht begrenzte Refinanzierungsmöglichkeit der Banken zu sehr niedrigen Zinsen ermöglicht aufgrund der Marktlage hohe Zinsspannen und damit hohe Gewinne je ausgereichtem Kredit. Überdies steigen die Erträge im Investmentbanking. (Die Deutsche Bank meldet im 3. Quartal 2009 nach Steuern einen Gewinn von 1,4 Mrd. Euro; für 2010 und 2011 erwartet sie weitere, kräftige Gewinnsteigerungen.) In den USA fordert die Regierung wegen einer ähnlichen Entwicklung bei den Gewinnen eine Sonderabgabe. Außerdem bringt sie eine Beschränkung des Eigenhandels für die Finanzbranche ins Gespräch (FTD vom 21. Januar 2010).

Die hohen Mittelzuflüsse in das Investmentbanking haben in den letzten neun Monaten des letzten Jahres die Vermögenspreise stark steigen lassen (z. B. Dax +46 Prozent, Rohöl +67 Prozent oder Kupfer +84 Prozent). Kommentar des Rohstoff-Experten Eugen Weinberg von der Commerzbank zur aktuellen Ölpreisentwicklung: „Der Grund ist ausschließlich das verstärkte Engagement der Anleger“ (DIE WELT vom 6. Januar 2010). Die stark gestiegenen Rohstoffpreise werden über die Kostenseite zu Preissteigerungen Anlass sein.

Um die expansive Geldpolitik aus konjunktureller Sicht so lange wie nötig durchhalten zu können, müssen durch den Gesetzgeber die Risiken der Niedrigzinspolitik durch eine straffere Regulierung des Finanzsektors begrenzt werden.

1. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass es durch die noch länger notwendige expansive Geldpolitik zu überbewerteten Vermögenspreisen kommen könnte?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wenn ja, welche Regulierungen plant die Bundesregierung, um diese Gefahr zu verringern?

Grundsätzlich können geldpolitische Maßnahmen auch auf die Vermögenspreise wirken. Vermögenspreiszyklen werden aber auch von weiteren Faktoren getrieben, auf die die Geldpolitik im Rahmen ihres zinspolitischen Instrumentariums nur einen begrenzten Einfluss ausübt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) verfolgt eine geldpolitische Strategie, in der die Preisstabilität im Vordergrund steht. Die Bundesregierung hat volles Vertrauen in die EZB und deren Zielumsetzung, ein dauerhaft ausgeglichenes Preisniveau zu gewährleisten. Die Unabhängigkeit der EZB ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die EZB ihre Geldpolitik in diesem Sinne verlässlich gestalten kann.

2. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den 2009 erheblich gestiegenen Preisen für Rohstoffe und Aktien auf der einen und der expansiven Geldpolitik auf der anderen Seite?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wenn ja, sieht die Bundesregierung darin über die Kostenseite eine Gefahr für das Preisniveau, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung bei der Bankenregulierung, um diese Gefahr zu verringern?

Die Entwicklung der Aktienkurse und Rohstoffpreise unterliegt einer Vielzahl verschiedener Einflussfaktoren. Dem in 2009 stattgefundenen Anstieg der Aktien- und Rohstoffpreise ging ein sehr starker Preis- bzw. Kursverfall voraus, der vor allem mit dem durch die Finanzkrise verursachten weltweiten Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität zusammenhängt. Die Bundesregierung sieht den Anstieg bei Aktienkursen und Rohstoffpreisen im Jahr 2009 somit auch als Ausdruck eines Korrektur- und Stabilisierungsprozesses.

3. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den 2009 erneut hohen Gewinnen aus dem Investmentbanking und der expansiven Geldpolitik?
 - a) Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wenn ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Teile dieses Gewinns dem Finanzmarktstabilisierungsfonds zuzuführen?

Ein singulärer Zusammenhang zwischen möglichen Gewinnen einzelner deutscher Banken im Investmentbanking und der Geldpolitik im Eurosystem ist nicht evident. Die Möglichkeiten der Banken zur Gewinnerzielung hängen vielmehr vom gesamten Marktumfeld ab. Das allgemeine Zinsniveau ist Teil dieses Marktumfeldes. Grundsätzlich begrüßt die Bundesregierung, wenn die deutschen Kreditinstitute wieder in die Gewinnzone zurückfinden, ihre Kapitalbasis stärken und ihre Kreditvergabemöglichkeiten verbessern können.

4. Wie schätzt die Bundesregierung das Risiko der Finanzierung langfristiger Staatsanleihen seitens der Banken mit kurzfristigen Krediten bei der Zentralbank ein?

Wenn Risiken gesehen werden: Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieser Gefahr entgegenzutreten?

Aus Sicht der Bundesregierung besteht diesbezüglich kein höheres Risiko als in Zeiten, in denen die Geldpolitik weniger expansiv ausfällt. Die mit der Fristentransformation der Kreditinstitute verbundenen Risiken müssen zudem von den Banken generell aufgrund der aufsichtsrechtlichen Vorgaben in ihrem Risikomanagement adäquat berücksichtigt werden.

5. Ist es nach Meinung der Bundesregierung wünschenswert, wenn die hohen Gewinne der Banken, die durch das hohe Emissionsvolumen der Finanzagentur der Bundesrepublik Deutschland (geplantes Volumen 2010: 343 Mrd. Euro) und die Zinsdifferenz zwischen Kurz- und Langfristzinsen entstehen, steuerlich abgeschöpft werden würden?

Was plant die Bundesregierung, um diese Gewinne steuerlich abzuschöpfen?

Die Gewinne von Banken unterliegen der allgemeinen Ertragsbesteuerung. Darüber hinaus diskutiert die Bundesregierung derzeit mit ihren internationalen Partnern die Frage einer weitergehenden Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krisenbewältigung (siehe dazu auch Antwort zu Frage 7).

6. Unter welchen makroökonomischen Bedingungen im Euroraum wird die Bundesregierung eine Leitzinserhöhung der EZB in diesem Jahr als angemessen bewerten?

Die Bundesregierung hat volles Vertrauen in die EZB, die ihre geldpolitischen Beschlüsse unabhängig trifft. Vorrangiges Ziel der EZB ist, Preisstabilität zu gewährleisten. Um abzuschätzen, ob das derzeitige Zinsniveau weiterhin adäquat ist, analysiert der EZB-Rat regelmäßig eine Vielzahl von Indikatoren, die Informationen über etwaige Risiken für die Preisstabilität über den geldpolitisch relevanten Horizont enthalten. In diese Analyse geht u. a. auch die Entwicklung der Rohstoffpreise und der Vermögenspreise ein.

7. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, damit der Anspruch des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, den „Finanzsektor angemessen an den Kosten der aktuellen Krise und auch zukünftiger Krisen zu beteiligen“, umgesetzt wird (WELT am SONNTAG vom 24. Januar 2010)?

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang für angemessen?

Für die Bundesregierung ist es wichtig, dass der Finanzsektor an den Kosten beteiligt wird, die durch die staatlichen Rettungsmaßnahmen in der Krise entstanden sind. Diese Kosten dürfen nicht allein dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Wegen der Ausweichmöglichkeiten der Finanzmarktakteure auf andere Marktplätze muss jedoch jede Lösung im internationalen Kontext betrachtet werden. Die Bundesregierung diskutiert daher derzeit mit ihren internationalen Partnern Möglichkeiten zu einer finanziellen Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten. Dabei ist unter anderem eine internationale Finanztransaktionssteuer im Gespräch, aber es werden auch andere Ansätze geprüft, wie z. B. die schwedische Stabilitätsabgabe oder die US-Sonderabgabe für Banken.

8. Plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Förderung des Marktes für Kreditverbriefungen?

Welche sind das im Einzelnen?

Welche Vorgaben plant die Bundesregierung gegebenenfalls, um die Verheimlichung von Risiken bei solchen Geschäften zu verhindern?

Wie soll die Risikoausbreitung im Rahmen dieser Geschäfte verhindert werden?

Die Bundesregierung prüft die Möglichkeit, durch ein Verbriefungsgesetz einheitliche und transparente Standards für forderungsbesicherte Wertpapiere zu setzen. Zur Begrenzung der Risikoausbreitung trägt bei, dass Kreditinstitute im Rahmen der neuen Eigenkapitalregeln (aufbauend auf den Änderungen der Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinien – CRD II und III) künftig einen Selbstbehalt von mindestens 5 Prozent bei Kreditverbriefungen vorhalten sowie Kreditverbriefungen im Handelsbuch angemessen mit Eigenkapital unterlegen müssen.